



DR. INGE GRÄBLE

MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung 08. Oktober 2004

Europäischer Haushalt 2005: Erste Teilerfolge bei Abstimmung

Eine erste positive Zwischenbilanz hat die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräble bei den Abstimmungen in dieser Woche im Haushaltsausschuß des Europäischen Parlaments über den Haushalt 2005 gezogen. Gräble hob dabei insbesondere die folgenden Bereiche hervor:

1. Städtepartnerschaften: Hier sieht der Haushaltsausschuß eine Ausstattung von 12,5 Millionen Euro für das kommende Haushaltsjahr vor.

2. Grenzregionen: Vor dem Hintergrund der praktischen Umsetzung der EU-Osterweiterung spricht sich der Ausschuß für eine Erhöhung der Haushaltslinie um 4 auf 17,2 Millionen € aus.

3. Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU): Auch hier sollen auf Drängen der EVP-ED-Fraktion mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden als der Kommissionsentwurf dies ursprünglich vorgesehen hatte. Aufgeteilt in zwei Haushaltslinien sind für die KMU-Förderung in den Beitrittsländern und in der EU-15 insgesamt nun 69,5 statt 44,5 Millionen Euro geplant.

Die CDU-Europaabgeordnete bezeichnete diese drei Haushaltsbereiche als wichtige Beispiele dafür, inwieweit die Haushaltspolitik der Europäischen Union und insbesondere die Mitwirkung des Europäischen Parlaments als gemeinsame Haushaltsbehörde mit dem Rat sehr wohl direkte positive Auswirkungen für die Menschen vor Ort habe.

Allerdings wolle das Europäische Parlament auch in der Außenpolitik seiner Verantwortung gerecht werden. Die baden-württembergische Europaabgeordnete nannte in diesem Zusammenhang sowohl die im Haushaltsplan 2005 vorgesehenen 200 Millionen Euro für die Stabilisierung und den Wiederaufbau des Irak als auch die Heranführungshilfe für den Nordteil Zyperns in Höhe von 259 Millionen Euro für den Zeitraum 2004 - 2006. Gräble stellte klar, daß die Konzentration auf sinnvolle und notwendige Schwerpunktaufgaben der bessere Weg sei als die Mittelvergabe mit der Gießkanne. "Wir müssen deshalb diesen Weg konsequent fortsetzen. Das liegt nicht zuletzt im Interesse des europäischen Steuerzahlers, der an einer Begrenzung des EU-Haushalts trotz wachsender Aufgaben ein unmittelbares Interesse hat", betonte die Haushaltspolitiklerin abschließend.